

## Kurzbericht

### **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung** (26. - öffentliche - Sitzung am 13. November 2014)

#### **Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/2220](#)

*Die Landesregierung stellte die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Sodann führte der Ausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs durch. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen einstimmig, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen. Die Berichterstattung übernahm Abg. Mustafa Erkan (SPD).*

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Inhalt und aktuellen Stand der Beantwortung der Fragen der EU-Kommission zur EU-Förderung in der Förderperiode 2014 bis 2020**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

3. **Niedersächsische operationelle Programme für die EU-Strukturfondsförderperiode 2014 bis 2020 bedarfsgerecht ausgestalten**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1477](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.*

4. a) **Breitband: Eine leistungsfähige Datenkommunikation schafft attraktive Standorte mit Zukunft**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1480](#)  
b) **Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1492](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Die Koalitionsfraktionen legten den Entwurf einer auf beiden Anträgen basierenden, möglichst breit getragenen parlamentarischen Initiative vor. Der Ausschuss kam überein, die Beratung in der für den 27. November 2014 vorgesehenen Sitzung nach Möglichkeit abzuschließen, um eine abschließende Beratung im Dezember-Plenum zu ermöglichen.*

5. **TISA im Windschatten von TTIP: Transparenz und demokratische Legitimation sicherstellen, öffentliche Dienstleistungen ausklammern!**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1984](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Er kam überein, ein Meinungsbild der anderen deutschen Landtage zu diesem Thema einzuholen, und bat das BMWi um eine die schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung - sie war in der 25. Sitzung entgegengenommen worden - ergänzende schriftliche Darlegung zu diesem Thema.*

6. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

*Der Ausschuss äußerte keine Unterrichtungswünsche.*

**7. Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema Konversion**

*Der Ausschuss nahm hierzu eine schriftliche Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

**8. Terminangelegenheiten**

*Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten und bestätigte in diesem Zuge seinen Beschluss, in der Zeit vom 24. bis 26. Februar 2015 eine parlamentarische Informationsreise nach Brüssel durchzuführen. Er kam ferner überein, am 29. Januar 2015 das Projektbüro „Süd-niedersachsen“ in Göttingen zu besuchen.*